Mittwoch, den 9. März 1921. 1. Jahrgang. — Nr. 10.

Oberschlesischer Wegweiser

für die Kreise Ratibor, Kosel und Leobschütz.

Bezugspreis: Vierteljährlich 12 Mk., monatlich 4 Mk. frei Haus inkl. wöchentlich erscheinender Unterhaltungsbeilage durch die Post. Einzelnummer 30 Pfg.

Herausgeber: Anton Rostek, Ratibor. Geschäftsstelle u. Redaktion: Ratibor, Gr. Vorstadtstr. 38. Fernruf: Amt Ratibor 854.

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags und der hohen Festtage. — Einrückungsgebühr: die 8-gespalt. Kleinzeile oder deren Raum 1 Mk. für Anzeigen von außerhalb 1,10 Mk. — Anzeigen im Reklameteil aus dem Industriebezirk die Zeile 3.— Mk., für auswärts 3.50 Mk.

Die Stunde des Gerichts.

Dr. Simons bleibt hartnäckig.

Der amtliche Bericht.

London, 7. März. WTB. Reuter meldet: Lord Albernoon und Loucheur hatten heute mittag eine Unterredung mit Dr. Simons. Später teilten sie dem Obersten Rat die Umrisse der neuen deutschen Vorschläge mit. In französischen Kreisen wird erklärt, daß diese Vorschläge nicht als annehmbar betrachtet werden.

Die deutschen Bedingungen.

London, 7. März. WTB. In der heutigen Sitzung der Konferenz schlug Dr. Simons eine vorläufige Regelung für die nächsten 5 Jahre mit Annuitäten der Pariser Beschlüsse und ein Aequivalent für die Ausfuhrabgabe vor. Sollte auf einer sofortigen endgültigen Regelung bestanden werden, so müsse die deutsche Delegation um 8 Tage Frist bitten, um sich mit der deutschen Reichsregierung in Verbindung zu setzen. Lloyd George erklärte, über die Antwort der Alliierten könnte kein Zweifel bestehen. Die Formulierung dieser Antwort erfordere die Anberaumung einer neuen Sitzung auf viereinhalb Uhr.

London, 7. 3. (WTB.) In der Sitzung der Konferenz erklärte Dr. Simons, **es sei unmöglich, die Pariser Beschlüsse anzunehmen.** Angesichts des großen Unterschiedes, der zwischen diesen Beschlüssen und den deutschen Vorschlägen besteht, schlage die deutsche Delegation trotz größter Bedenken eine vorläufige Lösung der Frage vor. Deutschland sei bereit, einer Regelung für die ersten 5 Jahre auf folgender Grundlage zuzustimmen: Feste Jahreszahlungen in der Höhe der Pariser Beschlüsse, und für die 12% Ausfuhr-Abgabe, die unzweckmäßig erscheine, ein Aequivalent. **Die Voraussetzung dafür sei, daß Oberschlesien bei Deutschland verbleibe und Deutschland volle Handelsfreiheit erhalte.**

Falls die Alliierten auf diese Vorschläge eingingen, würde die deutsche Regierung mit den Sachverständigen die Einzelheiten ausarbeiten und möglichst bald in Beratung über die Gesamtpläne der Reparationen eintreten. — Sollten die Alliierten aber auf einem sofortigen definitiven Angebot bestehen, so sei die deutsche Delegation auch dazu bereit, doch müsse sie eine Woche Frist erbitten, um die Frage mit dem Kabinett zu besprechen.

Dr. Simons ging hierauf in längeren Ausführungen auf die Rede von Lloyd George vom 3. 3. ein. Die Sitzung endete mit der Erklärung des Lloyd George, daß, obwohl über die Antwort der Alliierten kein Zweifel bestehen könne, eine Prüfung der durchgearbeiteten deutschen Erklärung die Vorbedingung für eine Antwort der Alliierten sei. Deshalb schlug er Beratung auf $4\frac{1}{2}$ Uhr nachm. vor.

30 Jahre lang: 3 Milliarden Goldmark jährlich.

London, 7. März. Der Interalliierte Oberste Rat hat gestern abend eine Sitzung abgehalten, die bis 11 Uhr 45 Minuten dauerte. In der Sitzung wurde beschlossen, die neuen deutschen Gegenvorschläge, die die Bestätigung des Abkommens von Paris auf die Dauer von fünf Jahren enthalten, in der Erwartung einer späteren Revision, abzulehnen. Die Sitzung des Obersten Rates fand in Downing Street statt. Nach Ablehnung der neuen deutschen Vorschläge wurde auf Antrag Lloyd Georges von den Alliierten folgendes neue Gegenprojekt angenommen:

1. Annuitäten von 3 Milliarden Goldmark auf die Dauer von 30 Jahren an Stelle von 42 Jahren, wie es im Pariser Abkommen vorgesehen war.

2. Erhebung einer Taxe von 30 Prozent der importierenden Länder auf die deutsche Ausfuhr mit einem bestimmten und garantierten Minimum, das nach fünf Jahren 6 bis 8 Milliarden Goldmark betragen kann.

Auf Grund der Schätzung des Obersten Rates begab sich Loucher ins Savoy-Hotel, um das Gegenprojekt der Alliierten Dr. Simons zu übergeben. Er hatte eine längere Besprechung mit dem Chef der deutschen Delegation.

3. Was den verbleibenden Restbetrag betrifft, d. h. den Unterschied zwischen der Gesamtsumme der festen Jahreszahlungen des Pariser Planes zuzüglich der 12prozentigen Ausfuhrabgabe einerseits und der 30prozentigen Ausfuhrabgabe andererseits, so würde man in Gemäßheit des Artikels 234 des Vertrages von Versailles der Reparationskommission überlassen, den Wert und die möglich werdenden Ausgleichsleistungen festzustellen, um den Betrag des Pariser Abkommens voll zu machen. Nachdem sie erst den Gesamtbetrag des den Alliierten geschuldeten Schadenersatzes festgestellt haben wird. Diese Lösung ist, wie man sieht, im wesentlichen dem Pariser Abkommen gleichwertig.

Der Oberste Rat hat beschlossen, heute morgen um 11 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammenzutreten und um 12 Uhr die deutsche Delegation und die Antwort der deutschen Regierung zu empfangen. Es ist jedoch möglich, daß infolge der späten Uebergabe des neuen Projektes der Alliierten die deutsche Delegation eine Vertagung der Sitzung bis nachmittags verlangen wird.

Landsleute!

Die Deutschen haben eingesehen, daß Oberschlesien für sie verloren ist, daß sein Schicksal schon feststeht und daß das Herz der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung schon durch unzutrennliche Bande mit dem polnischen Mutterlande verbunden ist.

Sie gestehen das alles schon öffentlich in ihren Zeitungen. Die „Ostdeutsche Morgenpost“ vom 3. März z. B. stellt ausdrücklich die Frage: **„Wer möchte da noch für Deutschland stimmen?“** Und das heutige Deutschland bezeichnet ein anderes alldeutsches Organ „Die Oberschlesische Volksstimme“ in der Nr. vom 3. März mit folgenden Worten: **„Mögen sie dies, mögen sie das, mögen sie alles, so bankerott und so pleite! Es ist alles gleich“.**

Wird sich in Oberschlesien ein Mensch mit gesundem Menschenverstand finden, der sein und seiner Kinder Zukunft an den deutschen Staat ketten wollte, welcher nach eigenem Urteil „bankerott und pleite“ ist. Wir Oberschlesier wollen leben und arbeiten, aber für uns arbeiten und nicht deshalb, um die Milliardenschulden der bankerotten deutschen Staates zu bezahlen. **Deswegen werden wir alle für Polen stimmen.**

Die Deutschen fühlen, daß sie Oberschlesien verloren haben. In allen Städten sehen wir, daß die fremden aus Deutschland zugezogenen Eindringlinge, die sich hinter uns festgesetzt haben, allmählich abbauen. Die deutschen Banken überführen ihre Kapitalien schon aus Oberschlesien nach Berlin, zahlreiche deutsche Familien verlassen Oberschlesien ohne den Volksentscheid abzuwarten, der zugleich Urteil über die bisherigen Machtgeber bilden wird. Hakatistische Beamte bewerben sich schon um die Anstellung und um eine Wohnung in Deutschland, und viele von ihnen haben bereits ihre Familien nach Deutschland geschickt. Die deutschen Handelsfirmen wollen keine Handelsabkommen mit hiesigen Kaufleuten abschließen und die Blätter in Deutschland sind voll von Anzeigen, welche den hiesigen Deutschen in Deutschland gelegene Landhäuser, Mietshäuser, Landwirtschaften anbieten.

Der große deutsche Ausverkauf in unserem Lande beginnt, die historische Rückflutung des Preußentums aus Oberschlesien nimmt ihren Anfang.

Der „Oberschlesischen Volksstimme“ zufolge ist es den Deutschen ganz gleichgültig. Vor dem Verlassen Oberschlesiens möchten sie es daher noch in Elend und Not stürzen. Unter die polnischen Arbeitermassen drängen sich dunkle Gestalten, die unter dem Mäntelchen des Patriotismus den polnischen Arbeiter zu einem Generalstreik am Tage der Ankunft der sog. Emigranten — daß ist am 9. März — verleiten möchten.

Unsere Stellung in Oberschlesien ist so fest und unser Sieg so sicher, daß wir die Ankunft der Emigranten garnicht zu fürchten brauchen. Wir werden sie nicht im geringsten stören. Auf unseren Wunsch hat die Interalliierte Kommission eine Reihe von scharfen Bestimmungen erlassen, welche alle eventl. deutschen Ausschreitungen im Keime ersticken werden. Wir, das polnische Volk Oberschlesiens, werden alle Kräfte für die Erhaltung der Ordnung und Ruhe einsetzen, und wir werden in dieser Hinsicht mit den Behörden der Interalliierten Kommission Hand in Hand arbeiten.

Streiks und Ausschreitungen würden nur Wasser auf die deutsche Mühle sein und würden nur dem Preußentum nützlich sein können. Die Abstimmung muß ruhig geschehen, denn jede Ausschreitungen könnten Oberschlesien, daß uns sicher ist, zu dem Gegenstand des diplomatischen Kuhhandels machen, was für unser Volk und Land das schlimmste Unglück bedeuten würde.

Deswegen gebet kein Gehör diesen deutschen Hetzern, welche Euch zum Generalstreik auffordern. Seit ruhig und besonnen! Und am 20. März greifet in würdiger Weise mit dem Stimmzettel in der Hand nach der reifen Frucht des Sieges: Befreit Oberschlesien von dem Preußenjoch und vereinigt es für immer mit der freien unabhängigen Volsrepublik Polen.

Beuthen, den 6. März 1921.

Wojciech Korfanty,
Abgeordneter und polnischer Plebiszitkommissar.

Die „ent-rüsteten“ Deutschen

Deutsche Waffenfunde ohn' Ende!

Beuthen. Am 7. März vormittags wurden bei einer Durchsuchung des Heizkellers (Kesselraum) im Hüttengasthaus zu Friedenshütte (Besitzer Böhmer), folgende Waffen und Munition, welche vermauert waren, vorgefunden:

79 Rollen Sprengstoffdynamit,
10 m Wasserzündschnur,
1 schweres Maschinengewehr,
1 leichtes Maschinengewehr,
2 Infanteriegewehre,
74 Infanteriepatronen,
3413 Patronen für Pistole 08

und verschiedene Waffenzubehörteile, wie Leuchtraketen, Patronenhülsen, Gurtfüller, Reserveteile usw.

In Guttentag im Kreise Lublinitz wurde eine Durchsuchung der Stadtwage vorgenommen. Es wurden dabei:

2 Maschinengewehre,
9 Gewehre

und mehrere tausend Patronen gefunden.

Der polnisch-russische Friede.

Der Friedensvertrag zur Hälfte abgeschlossen.

Riga, 7. März. (Pat.) Der Korrespondent des „Kurjer Poranny" meldet: Am 4. d. Mts. nachmittags wurden während der Sitzung der **Redaktionskommission die Arbeiten an der ersten Hälfte des Friedenstraktates beendigt.** Die durch die Kommission angenommenen Artikel betreffen:

1. Die Beendigung des Kriegszustandes.
2. Grenzfestsetzung zwischen Polen, Rußland, Ukraine und Weiß-Rußland.
3. gegenseitigen Verzicht auf Gebiete, die nicht innerhalb der neu bestimmten Grenzen liegen.
4. Die gegenseitige Verpflichtung, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der anderen Partei einzumischen.
5. Die Rechte der Minderheiten.
6. der Reemigration,
7. die Amnestie für politische Verbrecher,
8. die Reevakution der Privatfonds,
9. die gegenseitigen Ansprüche auf Fonds und Verrechnungen.

Während der Abendsitzung der Redaktionskommission wurde die Angelegenheit der Ueberweisung von Staatseigentum an Polen verhandelt und es wurde entschieden, daß sämtliche Besitzungen des Zaren innerhalb der Grenzen des jetzigen polnischen Staates — ebenso die Majoratsgüter Eigentum des polnischen Staates werden. Gleichzeitig wurden der polnischen Regierung sämtliche rückständigen Steuern überwiesen, die polnische Staatsbürger an Rußland schuldeten, ebenso hypothekarische Guthaben.

Riga, 7. März. (Pat.) „Kurjer Poranny" berichtet: Auf der Abendsitzung der Redaktionskommission wurde am 5. März der Artikel des Traktates angenommen, der die Transitfrage regelt. Der Wortlaut wurde dem polnischen Antrage entsprechend abgefaßt, der die Art der Waren bestimmt, die Art des Transportes, **und die Weigerung, deutsche Waren nach Rußland durchzulassen, letzteres deshalb, weil die Deutschen gegen Polen einen wirtschaftlichen Boykott durchzuführen.** Die Bolschewiken haben unsere Klausel gebilligt.

Die oberschlesische Grenze vom 9. März ab gesperrt.

Oppeln, 7. März. WTB. Nach einer Anordnung der Interalliierten Kommission wird die oberschlesische Grenze von Mittwoch den 9. d. Mts., 8 Uhr früh ab gesperrt.

Schiffer erhalten weiter das Visum, ebenso gelten die Ausweise für die Eisenbahner. Bei Todesfällen und schweren Erkrankungen in der Familie ist der Chef des Interalliierten Paßbüros in Oppeln ermächtigt, Einreiseerlaubnis zu erteilen. Er empfiehlt sich die Einreiseerlaubnis telegraphisch zu beantragen. Das Visum wird nur von dem für den Wohnort des Antragstellers zuständigen französischen Konsulat erteilt.

Letzte Krämpfe.

bd. Die „Rundschau" entblödet sich nicht am 4. 3. nachfolgenden Irrsinn ihren strafwürdig inbezug auf Intelligenz unterschätzten Lesern zu bringen:

„Woher kommen die in Ratibor beschlagnahmten Waffen?

Die „Grenzzeitung" und die „Katholische Volkszeitung" berichten in der letzten Zeit mehrfach, daß Kisten mit Waffen und Munition aus Neisse nach Oberglogau gesandt und hier beschlagnahmt worden seien. Nach ihrer Darstellung mußte man annehmen, daß es sich um einen deutschen Waffenschmugel handelte. Wie wir erfahren, haben Ermittelungen folgendes überraschendes Ergebnis gehabt:

Auf dem Bahnhof Neisse kamen in der letzten Zeit häufig größere Kisten aus Posen an eine Deckadresse an; der Empfänger schrieb die Frachtbriefe nach Oberschlesien um und ließ sie nach dort weitergehen. Hier stellte sich heraus, daß es sich um polnische Waffen- und Munitionssendungen handelte. Polnischerseits waren höchst geschickt die Sendungen über Neisse geleitet worden, um im Falle einer Entdeckung, die auch nicht ausblieb, den Waffenschmugel den bösen Deutschen in die Schuhe schieben zu können. So wird's gemacht!

Die „Katholische Volkszeitung" hat die „Rundschau" in der letzten Zeit mehrfach auf dumme Art angezapft, warum wir keine Notiz von den Ratiborer und sonstigen Waffenbeschlagnahmungen, die sie als „deutsche Waffen" hinstellte, bringen. Wir haben geschwiegen, weil wir wußten, daß dieserhalb eine Untersuchung schwebte, die die Wahrheit über den Ursprung diese Waffensendungen an den Tag bringen würde. Die Polen tragen den Deutschen die Waffen sogar schon ins Haus und lassen dann durch die Apo Hausuntersuchungen abhalten, um zu beweisen, daß die Deutschen Waffen haben und die Aufmerksamkeit der J. K. von ihren eigenen Schiebungen abzulenken.

Sodoms Schwefel und Pech über Polen, diesen Ausbund an geheimer Tücke, Verschmitzheit — und... unmotiviertem Vertrauen zu Deutschland.

Unter derart verzwickten Umständen dürfte zu befürchten sein, daß Urbanek und Quester polnische Lockspitzel, der selbst für englische Magen unverdauliche Dr. Simons aber, ganz sicher ein unterstellter Kaktus sei. O Gottogottogott! Sie schämen sich doch wohl nicht, Sie — Rundschau?

Nein — an Methode in diesem Wahnsinn gebrichts nicht. Hierfür ein weiterer Beweis. Es ist ein in der deutschen Presse wohlbehütetes Geheimnis, daß der polnisch russische Friedensschluß über den der „Wegweiser" die einzig authentischen Nachrichten bringt, eine Frage der nächsten Tage ist. Mögen auch die Nachrichten über Hungerrevolten aus Rußland übertrieben, ja selbst erfunden sein, (von den Polen selbstverständlich, grunzt die Rundschau). — **Tatsache** ist, daß die bisher gerade wie der aufrechte Dr. Simons in London, auf Verschleppung bedachten Bolschewiken plötzlich ein eminentes Entgegenkommen und beschleunigte Friedenssehnsucht zeigen. Sie zeigen dies aber — nur **weil sie es müssen.** (Aus welchen Gründen ist nebensächlich.) **Müssen** sie es aber, **dann sind die Frühjahrs-Offensivpläne ein bloßes Hirngespinst der deutschen Presse.** Außerdem: mit dem benachbarten Rumänien in Waffenbrüderschaft braucht die polnische Armee, die bei Warschau den vor Wut geglotzäugigten Deutschen ihre Kraft gezeigt hat, die Russen nicht zu befürchten.

Sie drohen also fruchtlos, Rundschau, beste!

Der Vogel war trotz allem noch abzuschießen. Schließlich flog er. Rundschau druckt: „Gute Aussichten für den Abstimmungssieg".

Hier wiehert das Publikum.

Polen.

Die Ergebnisse von Bukarest.

Warschau, 6. März. (E. E.) Heute morgen ist der polnische Außenminister Sapieha aus Bukarest zurückgekehrt. Ueber die Ergebnisse seiner rumänischen Mission wird nachfolgendes verlautbart:

Während des Aufenthalts des Prinzen Sapieha in Bukarest, haben die Außenminister von Rumänien und Polen mehrmals miteinander konferiert und ihre Ansichten ausgetauscht. Sie haben eine **vollkommene Einigung inbetreff der Politik** beider Länder erreicht. Beide Minister haben mit Genugtuung erklärt, daß die Einigung über die politischen Ziele beider Länder in Hinsicht auf die Aufrechterhaltung des Friedens, der unter solchen Schwierigkeiten errungen wurde, vollkommen ist; ebenso vollkommen ist sie betreff der Mittel zur Sicherung einer dauernden friedlichen Politik.

Lemberg, 6. März. (E. E.) Minister Sapieha erklärte einem Zeitungskorrespondenten unter anderem:

Ein polnisch-rnmänisches Bündnis macht für die Bolschewiken eine neue gegen Polen gerichtete Offensive unmöglich, und ist auch hinsichtlich die Zugehörigkeit Ost Galiziens zu Polen von Bedeutung. Die wirtschaftlichen Ergebnisse sind sehr bedeutend, weil Rumänien durchaus unsere Produkte braucht. **Es ist vorgesehen, daß Polen Konzessionen zur Ausbeutung von Mineralien in Rumänien erhält.**

In Bezug auf das oberschlesische Plebiszit und die Wilna-Frage, äußerte sich der Minister in optimistischem Tone.

Der 19. März: Oberschlesischer Gedenktag in polnischen Schulen.

Warschau, 7. März. (Pat.) Am 19. März (dem Namenstage des polnischen Staatschefs Josef Pilsudski) soll in allen Schulen Polens eine Schulfeier für die Wiedervereinigung Oberschlesiens mit Polen abgehalten werden. Die Feier wird mit einer entsprechenden Vorlesung aus der Geschichte Schlesiens und die Bedeutung der Vereinigung beider Länder verbunden sei.

Warschau für Oberschlesien.

Warschau, 7. März. (Pat.) Das gestern auf dem „Drei-Kreuz-Platze" veranstaltete Fest brachte zugunsten Oberschlesiens über eine Million Mark ein.

Weltende.

9) **Roman aus den letzten Tagen der Welt.**

Uebersetzung aus dem Polnischen des Jan Lada.

Indessen erscholl der kurz unterbrochene Gesang mit neuer Macht, füllte den Raum mit seiner Melodie teils dahinbrausend wie ein Orkan, teils wimmernd wie ein Kind, dem man Unrecht getan hat. Der flehende Akzent schwoll mächtiger an, wurde immer eindringlicher. Nach vorher wiederholten Bitten: „Erbarme dich unser", und „bitte für uns", erinnerte das Gebet die Mutter des Heilandes an ihre doppelte Mutterschaft: an die tatsächliche, die ihr die Macht einer Fürsprecherin bei Ihrem Sohne verlieh, und an die, welche sie durch eine unzerreißbare Kette des Mitleids und der Hilfe mit der Menschheit verband. „O Hoffnung der Unglücklichen", flehte der Gesang, „zu dir flehen wir, weinend und klagend auf diesem Erdental!" Der Gesang schwoll zur höchsten Macht an, wurde befehlend, um schließlich in einem machtvollen Akkord ruhig auszuklingen. Es wurde still. Das Altarglöckchen erklang silberhell und Weihrauch stieg in die Höhe, den Altar wie mit einem blauen Nebel verhüllend. Die Häupter neigten sich demütig und es ertönten die machtvollen Töne des „Tantum Ergo."

Edith hörte überwältigt zu. Dieser wehmütige sehnsüchtige, Herz und Sinn durchwühlende Gesang, war die letzte Huldigung, die man Jesus von Nazareth auf Erden darbrachte. Denn würden wohl diese wenigen Bekenner, die allen bisherigen Stürmen getrotzt hatten, noch dem standhalten, was der letzten Gläubigen auf der Welt wartete? Und wenn ihre Lippen sich für ewig schließen, wird wohl noch jemand auf der Erde sein, der den Heiland preisen würde?

Edith blickte um sich. Und die Augen antworteten ihr auf diese Frage. In der Kapelle waren fast alle Frauen, alle im gereiften Alter oder schon alt. Die Männer waren gleichfalls alt: Jugend fehlte ganz. Es war dies dadurch zu erklären, daß in der Reichsschule die Religion vollständig ausgeschaltet war.

„Ach, wie traurig, dachte Edith, daß eine solche große Idee im Sterben liegt."

Und weil sie eine edle Natur war und von ihren mütterlichen Vorfahren ritterlichen Sinn ererbt hatte, schien es ihr, als ob ein Verlassen der Fahne, die nun von fast allen gemieden wurde, etwas sehr häßliches sei, etwas, das sie in ihren eigenen Augen erniedrigen würde. Zu dieser Fahne habe sie ja zwar keine Treue geschworen; war doch das Band mit dem Christentum so dünn! Aber, trotzdem wollte sie diesen schwachen Faden nicht zerreißen, sie wollte nichts verleugnen, selbst wenn es auch nur eine Handvoll flüchtiger Eindrücke wären. Aber in einem solchen Falle . . . .

In einem solchen Falle mußte man — den Tod wählen. Edith erhob sich gleich den Anderen und ging hinaus. Als sie im Vorflure auf den Fahrstuhl wartete, begegnete sie dem Geistlichen, welcher nach Ablegen der Priestergewänder aus der Kapelle herauskam. Es war das derselbe Priester, der ihr zuerst von dem Propheten erzählt hatte.

Er begrüßte sie höflich und fragte, ob sie sich weiter so mit dem Propheten beschäftige. Sie bejahte es, erklärte ihm aber, daß sie die Absicht hege, sich zu ihm um Rettung zu begeben.

Der Priester trat einen Schritt zurück und betrachtete sie aufmerksam.

„Warum", wenn ich fragen darf?"

Sie erzählte ihm alles offen, alles, was in ihrer Seele während dieser einen Stunde vorgegangen war. Als sie geendet, schwieg der Priester eine Weile sinnend.

Haben Sie sich fest entschlossen, nicht mehr zu uns zu kommen und keinen Nutzen mehr zu ziehen aus den Lehren unserer heiligen Kirche? fragte er endlich

Sie blickte ihn mit einem kleinen Anflug von Trauer an.

„Nein, antwortete sie. Einen Glauben kann man weder aufzwingen, noch einreden. Ich habe ihn nicht."

Der Priester senkte den Kopf zu Boden.

„Schade", seufzte er. Ich hoffte . . . Aber sprechen wir nicht davon. Jedenfalls wünsche ich Ihnen Glück dazu.

Aber hüten Sie sich, Fräulein, vor dem falschen Propheten! Es ist dies ein ebenso gewaltiger wie böser Mensch."

Edith hörte verwundert zu.

„Von seiner gewaltigen Macht hörte ich allerdings ungewöhnliche Sachen. ich hörte aber auch von seiner außergewöhnlichen Güte. Augenzeugen erzählten mir von seiner täuschenden Aehnlichkeit mit Christus. Sie behaupteten, er habe ein ebenso wunderbares, mildes Antlitz der Barmherzigkeit wie Christus."

„Ja, aber warum haßt er dann Christus in dieser Weise und läßt ihn verleugnen?"

Edith fühlte die Richtigkeit dieser Frage.

Ich dachte schon daran und konnte dieses Rätsel nicht lösen", gestand sie.

„Sehen Sie! Ein guter Mensch würde das Gute nicht bekämpfen, und Christus verleugnen, wie er es befiehlt."

„Ich werde Christus nicht verleugnen. Aber warum haßt er Christus?"

„Weil er das Gegenteil von Christus ist, weil das Böse sich mit dem Guten nicht verträgt.

Und wer deshalb Jesus liebt, muß ein Gegner dieses falschen Propheten sein."

„Ich liebe Christus, denn er ist gut. Die Welt hat sich zwar von ihm abgewendet ich fühle jedoch, daß auch der Prophet mich anzieht. Er interessiert mich. Ich werde ihn nicht bitten, mich zu retten; seine Jüngerin will ich nicht werden, aber wenn mir der Tod noch etwas Zeit übrig läßt, möchte ich ihn kennen lernen!"

Der Priester breitete die Hände aus, als ob er dem unsichtbaren Bösen den Zutritt verwehren wollte.

„Daß Gott verhüten möge! Haben Sie denn Fräulein noch nichts von jenem falschen Propheten gehört, der gemäß der heiligen Schrift in den letzten Tagen der Welt erscheinen soll und daß dieser sich Christus entgegenstellen wird?"

„Wohl habe ich es gehört. Solche Sachen interessieren mich schon längst. Und dieser Mensch sollte der falsche Prophet sein?"

Ja, er ist es. Er unzweifelhaft. Alle Anzeichen und Merkmale bestätigen es. Das ist der Antichrist!

Fortsetzung folgt.

Deutschland.

Deutschlands Blutschuld.

Berlin, 3. März. „Im Militär-Wochenblatt“ macht General Ludendorff Mitteilungen über die deutsche Hilfeleistung für Lenin und Trotzky:

Ludendorff habe veranlaßt, dem Reichskanzler zuzustimmen, als dieser die Absicht äußerte, Lenin und Genossen aus der Schweiz durch Deutschland nach Schweden abzubefördern. Dies sei im April 1917 gewesen. Ludendorff geht dann näher auf die damalige politische Lage ein und meint, der Reichskanzler habe sich von der Entsendung Lenins nach Schweden wohl eine schnellere Entwickelung der russischen Revolution und eine Stärkung der Friedensströmungen in Rußland versprochen. Die damit eintretende beschleunigte Schwächung der Kampfkraft Rußlands sei für die Oberste Heeresleitung der springende Punkt gewesen. Bei alledem habe die Oberste Heeresleitung nicht gewußt, wer dem Reichskanzler den Rat zur Entsendung Lenins gegeben habe, sie glaubte aber annehmen zu dürfen, daß dies von sozialdemokratischer Seite geschehen sei. Bis zu jener Stunde habe die Heeresleitung Lenin kaum dem Namen nach gekannt. Die Annahme der Heeresleitung über die Urheberschaft des Rates habe sich später bewährt.

Während des Weltkrieges kam zum ersten Male die Kunde von der bluttriefenden Schuld der deutschen Regierung an all den Morden und Verheerungen der Bolschewiken, denen deutsche Staatsmänner den Weg zu ihrer blutigen Herrschaft bahnen sollten. Vor einigen Wochen kam dies Gerücht wieder auf. Es ist mit Entrüstung als gemeine Lüge zurückgewiesen worden. Hier haben wir nun das Geständnis eines deutschen Generals und Staatsmannes. Dazu kann man nur eins sagen: Mit deutschen Staatsmännern, die sich freiwillig als Helfershelfer und Bahnbrecher für Mörder und Frauenschänder anbieten, will und darf man nichts zu tun haben. Los von Berlin!

Deutsche Wirtschaft.

Vermehrung des deutschen Verwaltungsapparates.

Im Oktober ist zu der Zahl der vielen Kommissare noch ein neuer hinzugekommen — der Sparsamkeitskommissar (bekanntlich sind die Herren Kommissare eine bolschewistische Erfindung). So hat Deutschland jetzt eine sehr ansehnliche Anzahl höherer Beamten:

	1914	1920
Staatssekretäre	4	10
Ministerialdirektoren	10	37
Ministerialräte	82	268
Ständige Hilfsarbeiter	31	229
Hausbeamte	163	438
zusammen	280	982

Vor dem Kriege gab es dreieinhalbmal weniger höhere Beamte Deutschland war um einfünftel seiner jetzigen Ausdehnung größer. — Müssen die Leute schlau gewesen sein.

Wohnungsnot in Deutschland.

Die Zahl der fehlenden Wohnungen in Deutschland wird im Wohlfahrtsministerium auf eine Million veranschlagt. Vor dem Kriege wurden im Jahre etwa 200000 neue Wohnungen notwendig. Dazu kamen etwa 100000 Wohnungen als Ersatz für unbrauchbar gewordene Wohnungen. Während der letzten fünf Jahre hat die Bautätigkeit fast ganz geruht. Im zweiten Viertel des Jahres 1920 standen in Groß-Berlin einer Nachfrage von 85647 Wohnungen ein Angebot von 16449, also noch nicht 20% der Nachfrage gegenüber, am meisten nach Wohnungen von 1 Zimmer mit Küche. In der Provinz Brandenburg war die Nachfrage am größten nach Wohnungen von 2 und 3 Zimmern, ebenso in Schlesien. Im Rheinland wurden dagegen Wohnungen mit 2 und 3 Zimmern am stärksten gefragt. Auch nach solchen von 4 und 5 Zimmern herrscht noch erheblicher Begehr. In den Gemeinden bis zu 10000 Einwohnern der Provinz Brandenburg betrug das Angebot 27% der Nachfrage, in den größeren Orten bis 50000 Einwohnern 12% in den Gemeinden von 50—100000 Bewohnern 6%. In der Rheinprovinz betrug das Angebot in den Gemeinden bis zu 10000 Einwohnern 30%, bis 50000 Bewohnern 20%, bis 100000 Einwohnern 13%, darüber 15%.

Sturm im Reichstag.

ij. In der Freitagsitzung des Reichstages kam es zu einer sehr stürmischen Szene. Die äußerste Linke hatte schon aus Anlaß dessen, daß Abgeordneter Schiffer die Vorlage über Reedereiabfindungen zurückgezogen hatte, Lärm geschlagen. Als der Präsident Loebe den offiziellen Wortlaut einiger Stellen aus der Rede Lloyd Georges vorgelesen hatte und mit der Anmerkung endigte: „Es wird in diesem Hause niemand sein, der diese Bestimmungen mit dem Versailler Friedensvertrag für vereinbar hält,“ erhoben sich bei der äußersten Linken Proteste und starker Lärm. Der Abgeordnete Hoffmann will die ganze Rede hören und nicht nur Auszüge. Die Rechte inszeniert daraufhin einen heidenlosen Tumult, illustriert durch Zwischenrufe der Linken. Der Präsident unterbricht die Sitzung. Nach zwei Stunden wird bekannt gegeben, daß die Sitzung erst am Sonnabend stattfinden werde. Der Reichstag ist terrorisiert worden. Zu Beginn der Sitzung äußerte sich der Abgeordnete Levi zum Antrage Ledebours, sofort in Verhandlungen über die Londoner Forderungen einzutreten: „Es handelt sich darum, ob der Reichstag sich auf die Rolle eines Hundes beschränken soll, der den Mond anbellt, oder ob er eine führende politische Organisation sein soll.“ — Der weitere Verlauf der Verhandlungen hat seinen Worten Recht gegeben. Der Reichstag ist auf den Hund gekommen.

Oberschlesien.

Ein Stoßtruppler- und Verschwörernest in Groß-Strehlitz aufgehoben.

Am 2. März abends gelang es einer französischen Patrouille einen deutschen Waffentransport abzufangen, wobei 2 Maschinengewehre und zahlreiche Handgranaten in die Hände der Soldaten fielen. Obwohl die Stoßtruppler entkommen sind, wurden sie erkannt, sodaß am nächsten Tage Verhaftungen vorgenommen werden konnten. Es wurden verhaftet Wirtschaftsassistent Jelitta und Winthen, Sohn eines Direktors aus Berlin. Winthen war Organisator von Waffentransporten in Oberschlesien. Die Waffentransporte erfolgten mit Hilfe der Landesgrenzpolizei. Wir haben es also mit einer amtlichen Vorbereitung zum Bürgerkriege zu tun. Auf Grund wichtiger, dem Jelitta abgenommener Dokumente wurde Gymnasiallehrer Prof. Dr. Förster verhaftet. Mit ihm wurde ein elegant gekleideter Mann, dessen Personalien noch nicht festgestellt werden konnten, und bei dem man wichtige Dokumente erbeutete. Die Durchsicht derselben veranlaßte eine Durchsuchung des Groß-Steiner Forsthauses, welchem welchem 100 Gewehre, 75 Pistolen, 300 Handgranaten und 12000 Schuß Munition vorgefunden wurden. Verhaftet wurde der Groß Steiner Graf von Strachwitz, Major, der der in diese Angelegenheit stark verwickelt ist. Am Nachmittag den 4. März fand man im Zusammenhange damit in der Dietrich'schen Brauerei eine Durchsuchung statt, wobei viele Stoßtruppler, unter ihnen Lehrer Lamla verhaftet wurden. Bei der Durchsuchung der Brauerei wurde der Operationsplan für einen deutschen Aufstand gefunden. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Die Stoßtruppler fliehen über die Demarkationslinie nach Deutschland. Strachwitz und Schalscha sind schon geständig.

Hast Du Lust, die Last eines verlorenen Krieges, Dir aufzubürden? Und trotzdem ein mißachteter „Wasserpolacke“ zu bleiben? Dann stimme ruhig deutsch!

Deutsche Barbarei und Vandalismus.

Beuthen. Für den gestrigen Sonntag hatte die Oberschlesische Volkspartei nach dem Konzerthause in Beuthen ihre letzte öffentliche Volksversammlung vor der Abstimmung einberufen. Schon geraume Zeit vor der Versammlung war der große Saal bis auf den letzten Stehplatz besetzt und noch kurz vor der Eröffnung strömten Hunderte von Menschen nach dem Versammlungssaale, die jedoch keinen Platz mehr finden konnten. Auf der Fensterseite hatte lange vor Beginn ein großer deutscher Stoßtrupp bewaffnet mit Stöcken, Gummiknüppeln und Revolvern, Aufstellung genommen. Man bemerkte darunter neben den verwegensten Verbrechergesichtern ehemalige deutsche Offiziere und entlassene Apobeamte, die eigens zur Sprengung der Versammlung bestellt worden waren. Nachdem Herr Kreisschulinspektor Hnitzka im Namen des Zentralvorstandes der Partei kurz vor 10½ Uhr eröffnete, die zu Tausenden versammelten Zuhörer in herzlichen Worten begrüßt und die weltgeschichtliche Bedeutung der Volksabstimmung unter besonderer Berücksichtigung des Londoner Ultimatums kurz geschildert hatte, stürmte der deutsche Stoßtrupp mit erhobenen Stöcken von der Fensterseite her, gegen die Versammlung mit dem Rufe: „Raus mit den verfluchten Pollacken! Haut die Pollacken!“ vor. Gleichzeitig fiel ein Hagel von Stühlen, ganzen Tischen, Tischbeinen, Biergläsern und Flaschen auf die Versammlung herab. Infolge dieses rohen Ueberfalles entstand unter den versammelten Frauen und Männern eine Panik und ein Teil der Zuhörer drängte, verfolgt von den wütenden Banditen, die blindlings auf jedermann einschlugen, zur Tür hinaus. Wer nicht gehen wollte, wurde einfach mit Knüppeln zu Boden geschlagen. Auf die zur Treppe heruntergehende Menschenmenge wurden Tischplatten, Stühle und Flaschen geschleudert. Vor dem Konzerthaus setzten sich die Teilnehmer der Versammlung, verfolgt von der wilden Bande, energisch zur Gegenwehr, die in dem überfüllten Saale nicht möglich gewesen war. Einige der Stoßtruppler fielen in die Hand der empörten Volksmenge, die mit ihnen abrechnete und sie der Apo übergab. Unter stürmischen Hochrufen auf Polen ging die Volksmenge auseinander.

Wie wir erfahren, sind bis jetzt 17 dieser Banditen verhaftet worden; unter ihnen befinden sich ehemalige deutsche Offiziere und bekannte Stoßtruppler aus Lublinitz und Guttentag, sowie allerlei verdächtiges Gesindel, welches erst in letzter Zeit aus dem Innern Deutschlands nach Oberschlesien importiert worden ist. Ferner ist festgestellt worden, daß an dem Ueberfall ehemalige Angehörige des berüchtigten Aulock-Freikorps, die sich hier vor einigen Tagen zu einem besonderen Bunde zusammengeschlossen haben, beteiligt waren. Als erster schlug der Polizeibeamte Weihrauch, der im Zivil erschienen war, Lärm.

Im Zusammenhang mit dem Ueberfall auf die wehrlose Versammlung versuchten halbwüchsige Burschen im Verein mit den entkommenen Stoßtrupplern unter Absingen deutscher Lieder Demonstrationsumzüge durch die Stadt. Eine solche Demonstration sollten anscheinend auch vor dem polnischen Plebiszitkommissariat veranstaltet werden. Die sich in der Richtung auf das Lomnitz-Hotel bewegende Volksmenge wurde von den inzwischen erschienenen Besatzungstruppen und Apobeamten vertrieben und die Straße gesäubert.

Um 1 Uhr nachmittags fand im Schützenhause eine zweite gewaltige Abstimmungsversammlung statt, die zu einer riesigen polnischen Manifestation wurde. Männer und Frauen waren zu Tausenden erschienen, sodaß der Saal die gewaltige Volksmenge nicht fassen konnte. Einige deutsche Stoßtruppler die anscheinend auch diese Versammlung zu stören beabsichtigten wurden von der erregten Menge ergriffen und der Abstimmungspolizei übergeben. Der erhebende und imposante Verlauf der gewaltigen Kundgebung bewies abermals die Macht des polnischen Nationalbewußtseins und legte Zeugnis ab von der Zuversicht und Ruhe, mit der unsere Bevölkerung allen deutschen Gewaltproben und Rohheiten zum Trotz der Abstimmung entgegensieht.

Nach den am Nachmittag vorangegangenen Unruhen verlief der Abend und die Nacht ruhig. Französische Patrouillen durchzogen die Stadt und verhüteten größere Ansammlungen. Der heutige Tag gibt dem Stadtbild das alltägliche Aussehen. In der Schießhausstraße sperrte ein französischer Unteroffizierposten den Zugang zu der Moltkekaserne.

Lublinitz. (Greueltaten deutscher Apobeamten.) Am Montag den 26. v. Mts. fuhr eine Frau C. von Beuthen nach Lublinitz um dort verschiedene private Angelegenheiten zu erledigen. Sie mußte zu diesem Zwecke auch einen Apooffizier in der hiesigen Kaserne aufsuche. Als sie sich auf der Wache anmeldeten waren dort nur deutsche Apobeamte zugegen. Sie fragten die Frau nach ihrem Begehren und benachrichtigten daraufhin den Befehlshaber, einen deutschen Major. Dieser befahl, Frau C., die in Lublinitz wegen ihres unerschrockenen Auftretens als Polin, bekannt ist, aus der Kaserne hinauszuweisen. Als die Frau vor dem Verlassen der ungastlichen Stätte den Beamten eine Beschwerde in Aussicht stellte, wurde sie verhaftet und gefesselt von einem Wachtmeister nach Oppeln gebracht. Vorher noch wurde Frau C. von den deutschen Barbarenhänden in unmenschlicher Weise behandelt und geschlagen. In Oppeln angelangt wurde sie im Gefängnis untergebracht und nach 3tägiger unschuldig verbüßter Haft dem interalliierten Richter vorgeführt. Dieser fand keinerlei Schuld an ihr und befahl ihre sofortige Freilassung. Hoffentlich wird der interalliierte Gerichtshof es bei dieser Freilassung nicht bewenden lassen, sondern vor allem die schuldigen Beamten wegen der groben Uebertretung der Dienstbefugnisse und wegen Körperverletzung zur Verantwortung ziehen. — Im übrigen spricht das Benehmen und die Tat der deutschen Kulturträger, die hier wieder ihre Raufboldgelüste betätigt haben, für sich selbst!

Chronik.

Ratibor Stadt und Land.

Wetterbericht. Donnerstag, den 10. 3. Kälter werdend abwechselnd heiter und wolkig, Niederschläge im Schauern. Freitag, den 11. 3. Teilweise heiter, meist trübe, Nachtfrost, Tag ziemlich mild.

Ratibor. Auf einem Postamt hiesigen Kreises liegen etwas über 100 Mark Unterstützungsgelder für einen Vater, der seinen Sohn im Felde verloren hat. Dieses Geld liegt dort schon ungefähr einen Monat und soll erst dann dem Adressaten ausgehändigt werden, wenn ein diesbezüglicher schriftlicher Befehl kommt? Der Mann kann Recht haben, denn wenn das Geld dortschon so lange liegt, so hält es dort noch bis zur Abstimmung aus. Aber trotzdem braucht er nicht für Deutschland zu stimmen, denn Polen zahlt die Renten weiter und pünktlicher wie Deutschland.

Kreis Kosel.

Kosel. (Nochmals die Gefangenenbefreiung.) Zu der Aufsehen erregenden Gefangenenbefreiung erhalten wir noch folgende Einzelheiten: In der Nacht vom 4. bis 5. öffneten die drei Wachthabenden der deutschen Apobeamten die Zellentüren der deutschen politischen Gefangenen. Dann verschwanden sie samt den 17 Gefangenen per Auto über die Demarkationslinie. Vor der Tat war der polnische Polizeibeamte (es war nur ein Pole auf der Wache) mit einem Raport, das „alles in Ordnung sei“, weggeschickt worden. **Nach der Befreiung überfielen die Flüchtlinge den im Gefängnis anwesenden französischen Dolmetscher und fesselten ihn.** Der Führer der drei Apobeamten war der Stoßtruppler in Uniform, Wachtmeister Frachstein. Unter den Flüchtlingen befand sich der **berüchtigte** Waffenschieber **Ingenieur Krause** aus Borsigwerk, der zu 2½ Jahren verurteilt war.

Die Flucht hatte ein interessantes Nachspiel. Um 5 Uhr früh setzte der polnische Apoleutnant mit zwei deutschen Apobeamten den Flüchtlingen nach. Während er an der Demarkationslinie ausstieg, **ging das Auto mit den deutschen Insassen durch ins „Vaterland.“**

Solche Verbrecher und Stoßtruppler geben wir dem deutschen Vaterland gern wieder. Sie sollen uns aber auch nie mehr wiederkommen.

Die unerhörte Affäre dürfte für die hiesige deutsche Führung der Apo, sowie die Gefängnisbeamten recht unangenehme Folgen haben. Der Kreiskontrolleur war gewarnt. Jetzt hat er den besten Beweis in der Hand von der Parteilichkeit der Coseler Apo.

— (Industriearbeiter links der Oder!) Einige Arbeiter aus Mechnitz und anderen Ortschaften des Kreises Cosel, bekannte Heimattreue und Stoßtruppler mußten ihre Arbeit im oberschlesischen Industriegebiet aufgeben, weil die dortigen durchaus polnischgesinnten Arbeiter mit ihnen nicht zusammen arbeiten wollten. Sie sind jetzt brotlos. Das ist für uns übrige Arbeiter ein deutliches Warnungszeichen. Das ist der beste Beweis, daß die deutschen Agitatoren uns betrügen, und daß **das Industriegebiet polnisch ist und bei der Abstimmung unzweifelhaft eine polnische Mehrheit haben wird.**

Wollen wir nicht die Arbeit auf ewig verlieren und brotlos werden, so müssen wir schon aus Not polnisch stimmen!

Arbeiter laßt euch nicht betrügen! Stimmt für Polen!

Einige Arbeiter des Kreises Cosel.

— (Achtung, Oberschlesier, laßt Euch nicht verkaufen!) Ein hiesiger hakatistischer Kaufmann äußerte zu seinen Kunden, es werde alles billiger. Ueber einen Preisfall kann man sich nur freuen und wünschen, daß die Preise weiter fallen werden. Dem ist aber nicht so: Der Preisfall kurz vor dem Plebiszit ist weiter nichts, als deutsche Plebiszitmache, nach dem Plebiszit gehen die Preise um so viel mehr in die Höhe, wie sie vorher gefallen sind. Daher „Achtung, Oberschlesier, kaufe bei der besten Gelegenheit" soviel Du willst, verkaufe aber Deine Stimme für Polen nicht. Bedenke: Wenn Du durch Deine Schuld an das bankrotte Deutschland fallen solltest: So mußt Du Arbeiter 10 prozent Deines sauerverdienten Lohnes abgeben. Dir Bauer, werden wieder Kuh und Pferd aus dem Stall gezogen wie zur Zeit des Krieges, denn Deutschland muß 300 000 St. Kühe an Frankreich und Belgien liefern. Wenn Du an das arme Deutschland fällst, wirst Du Mitschuldner von 226 Milliarden Mk., oder mit andern Worten auf Deinen Kopf fallen 8 000 Mk. Reichsschulden, die Du bezahlen mußt; wenn Du an das unfreie und geknechnete Deutschland fallen solltest, bist Du ein zweifacher Sklave; erstens als Oberschlesier ein Sklave Deutschlands, zweitens als Angehöriger des Deutschen Staates ein Sklave und Arbeiter der siegreichen Entente.

Bedenk das Alles, o Oberschlesier, zur Abstimmnng und d a n n — wähle!

Cosel-Hafen. (Der hakatistische Portier mit dem Gummiknüpel). Am 5. 3. brach zwischen dem Portier der hiesigen „Feldmühle" und einem heimgehenden Arbeiter Streit aus. Im Verlauf der Auseinandersetzung brachte der Portier ein bekannter Hakatist, einen Gummiknüppel hervor und versetzte dem wehrlosen Arbeiter ein paar Schläge Woher hat der Portier den Gummiknüppel? Sollte etwa die „Feldmühle" noch mehr solcher Stoßtrupplerwerkzeuge bergen.

Dziergowitz. (Erklärung.) In Nr. 36 der „Oberschlesischen Heimat" in Cosel OS. vom 6. März befindet sich unter der Ueberschrift „Dziergowitz ein Artikel, der gegen mich und gegen meinen Bruder gerichtet ist. Die darin enthaltenen Auswürfe sind derart, daß jeder anständige Mensch erkennen kann, daß jeder Satz eine Lüge enthält, die der Schreiber sich aus den Fingern gesogen hat. In uns erweckt er Lachen und Mitleid mit dem gemeinen Verleumder, sowie mit dem niedrigen Stand der Zeitung, die solch evidente Verleumdungen in ihre Spalten aufnimmt. Auch nicht einen Augenblick dachten wir daran, dieses Blatt zur Aufnahme einer Richtigstellung zu zwingen, denn dadurch würden wir ihm zuviel Ehre antun. In achtbaren Blättern und gegenüber anständigen Menschen auch politische Gegner, brauchen wir unsere Ehre nicht zu verteidigen, da wir genügend bekannt sind. Wir begnügen uns mit der vorstehenden Erklärung. Mit der strafrechtlichen Verfolgung der „Oberschl. Heimat" beauftragten wir sofort den Staatsanwalt.

Dziergowitz, den 6. März 1921.
P. Brandys, Pfarrer in Dziergowitz.
Johann Brandys, Divisionspfarrer.

Jaborowitz. (Ein deutscher Ueberfall.) Am Sonnabend, den 5. ds., fand hier eine polnische Versammlung statt. Während der Versammlung gegen 8 Uhr abends kamen deutsche Stoßtruppler auf 2 Wagen aus Polnisch-Neukirch und fingen vor dem Gasthause an zu schießen. Bei der Schießerei erschossen sie in der Dunkelheit einen ihrer Leute. Unter den Versammelten entstand eine leicht verständliche Verwirrung. Dieselben Stoßtruppler überfielen nach ihrer Rückkehr in Polnisch-Neukirch den Laden des polnischen Kaufmanns Barton, zerstörten ihn und plünderten ihn aus. Dem polnischen Apotheker wurde noch von ihnen das Schaufenster zertrümmert.

Klodnitz. (Heimattreue Spionage in der Schule.) Der hiesige Lehrer Wlaschek diktiert den Schulkindern folgende Fragen: Wieviel Deutsche und wieviel Polen wohnen in unserem Hause? Ein Mädchen schrieb z. B.: 3 Deutsche und 7 Polen. Der Spionagetrick des Schulmeisters ist wirklich genial zu nennen. Den tüchtigen Spion Wlaschek aber empfehlen wir schon jetzt der Spitzelzentrale Berlin.

Milowitz. Ein sauberer Gemeindevorsteher ist Felix Halamoda von hier, bekannt als „Heimattreuer" und Stoßtruppler. Von der Zuckerstelle im Landratsamt Cosel erhielt er Ueberweisung auf 234 Pf. Zucker für unsere Gemeinde. 17. 2. empfing er diese Zuckermenge vom Kaufmann Neugebauer. Die Gemeinde hat bißher noch kein Körnchen davon bekommen. Als eine Frau den Gemeindevorsteher nach dem Zucker fragte, fuhr er sie an: Hast Du denn noch nicht genug Zucker bekommen? Wenn ich mit meinem Zukker reiche, mußt Du auch reichen.

Es ist eine alte Geschichte, daß in unseren Dörfern gerade die schlimmsten Elemente zu den famosen „Heimattreuen" gehören.

— (Versammlung.) Am Dienstag, den 2. d. Mts. fand in Plania, Restaurant Villa-Nova," eine öffentliche Versammlung statt. In einer längeren ausführlichen Rede sprach Herr Bankdirektor Gatzka über die gegenwärtige Lage und unter größtem Beifall betonte er den Anschluß Oberschlesiens an den zukunftsreichen polnischen Staat. Unter andauerndem Beifall wurde die Versammlung geschlossen. Zu Störungen und Angriffen ist es nicht gekommen. Dies wird wohl darauf zurückzuführen sein, weil in Plania ein „Heimattreuen-Verband so gut wie garnicht besteht.

Polnisch Neukirch. Am Sonntag sollte hier eine polnische Versammlung stattfinden. Die deutschen Stoßtrupplerbanden, welche in Gawarowitz bei der dort abgehaltenen Versammlung eine entsprechende Lektion erhalten hatten, hatten schon vorher den Laden des Kaufmanns Bartons „gestürmt" sowie das Schaufenster des Apothekers Dugaj „tapfer und mutig" eingeschlagen. Als dann nachher noch aus der Umgegend 500 Stoßtruppler zusammengezogen waren, die sogar von jenseits der Demarkationslinie gekommen waren, kam es Vormittags am 6. 3. zum Zusammenstoß zwischen Polen und Deutschen. Die Polen mußten jedoch der gewaltigen Uebermacht weichen, obwohl sie die Deutschen übel zugerichtet haben. Die Anführer waren Lehrer aus Polnisch Neukirch und der Koch des Herrn Grafen Matuschka. Die deutschen Stoßtruppen hielten alle Zugänge in das Dorf besetzt ungeachtet der Anwesenheit eines italienischen Leutnants und der Polizei, die aus Cosel schienen war. Die deutschen Stoßtruppen überfielen die Vorübergehenden, schossen auf sie ein und terorisierten die Bevölkerung in unerhörter Weise, Ein Weib lief zwischen Ihnen herum und denunzierte polnisch gesinnte Leute. So wies sie z. B. auf den Bürger Friedland laut schreiend: „Diesen nehmt, das ist der schlechteste Mensch." Die Stoßtruppen schossen sogar aus Maschinengewehren bis 1 Uhr nacht. Was sagt die hohe Interallierte Regierungskomission zu diesem Treiben?

Letzte Drahtmeldungen.

Das Urteil: hart und gerecht!

Deutschlands Starrsinn wird durch Zwang gebrochen.

Die historische Sitzung.

L o n d o n, 7. März, 6 Uhr 40 vormittags. Nicht amtlich. Vorbericht. In der heutigen Nachmittagsitzung der Konferenz erteilte Lloyd George die Antwort der Alliierten. Die Alliierten seien leider gezwungen gewesen, da **die deutschen Gegenvorschläge ungenügend seien, die Sanktionen in Kraft treten zu lassen. Den Abschluß eines Provisoriums könnten sie nicht annehmen. Lloyd George begründete dann näher, warum der sofortige Antritt der Sanktionen notwendig gewesen sei und erklärte weiter, die Welt brauche ein Definitivum. Vor allem zwei Punkte seien es, die sofort geregelt werden müßten:**

1) Die Besprechung der Faktoren, welche als Aequivalent für die Ausfuhrabgaben in Betracht kämen, sowie die die Beteiligung der Alliierten an einer Besserung der deutschen Wirtschaft und

2) die Art und Weise der Zahlung.

Reichsminister Dr. Simons erklärte, daß die deutsche Delegation über die Antwort beraten wolle und zog sich mit der deutschen Delegation in ein anderes Zimmer zurück. Die Konferenz tagt weiter und erwartet die Antwort der deutschen Delegation, die um 6 Uhr abends noch beriet.

Nach Reutermeldungen aus London wird der Beginn der militärischen Operationen auf morgen festgesetzt.

B e r l i n, 7. März.

Der Londoner Sonderberichterstatter der „Frankf. Ztg." drahtet, Lloyd George erklärte, daß angesichts des Tones des Exposes des deutschen Außenministers Dr. Simons die Entente die Verhandlungen sofort abbreche. Auch von einer Vertagung der Konferenz auf acht Tage könne nicht mehr die Rede sein. Ministerpräsident Briand geht morgen nach Paris zurück, die Sanktionen treten sofort in Kraft.

Die Sanktionen werden noch verschärft!

L o n d o n, 7. März.

Es wird folgende amtliche Note verbreitet:

Die Alliierten haben in vollem Einvernehmen beschlossen, die deutschen Vorschläge als unannehmbar zu betrachten. Die Verhandlungen sind daher abgebrochen. Die Alliierten haben außerdem beschlossen, der deutschen Delegation ihre Absicht bekannt zu geben, die Sanktionen zu verschärfen.

Kreis Rybnik.

G o l l e o w, **Kr. Rybnik.** Zu der für gestern hier angesagten polnischen Versammlung kamen mehrere Dutzend deutscher Stoßtruppler auf 3 Lastautos aus Rybnik. Sofort nach ihrer Ankunft begannen diese die Dorfeinwohner zu terrorisieren. Die Einwohner schlugen jedoch alle Angriffe zurück, wobei im Getummel 18 deutsche Angreifer verletzt wurden. Schließlich gelang es, die Bande aus dem Dorfe herauszudrängen. Infolge der erlittenen Schlappe kehrten die Stoßtruppler nach Rybnik zurück und begaben sich in eine gerade stattfindende polnische Theatervorstellung. Die anwesenden Zuschauer — meistens Frauen und Kinder — sprengten sie aus einander und durchzogen hierauf unter Absingen deutscher Nationallieder die Stadt, wobei jeder angetroffene Pole von der Menge angegriffen und mißhandelt wurde.

Willst Du Sklave bleiben?
Soll Dein Sohn es werden?
Dann stimme für Deutschland!

Die J. K. zur Sicherung der Ordnung.

Es wird zur Kenntnis der Bewohner Oberschlesiens gebracht, daß in Eilfällen, z. B. bei der Verfolgung von Uebeltätern, beim Ausbruch von Unruhen, oder wenn sich die Notwendigkeit ergibt, Polizeibeamte schnell von einem Ort zum anderen zu befördern, der verantwortliche Führer einer Polizeiabteilung das Recht hat, den Chauffeur oder den Besitzer eines Kraftwagens aufzufordern, sich unverzüglich zu seiner Verfügung zu stellen.

Der Besitzer des Kraftwagens wird eine Entschädigung erhalten.

Die Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission für Oberschlesien,

gemäß Artikel 88 (Anlage, § 3) des zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und Deutschland geschlossenen, den 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichneten Friedensvertrags, nach welchem die Kommission selbst für die Auslegung ihrer Befugnisse zuständig ist, alle zur Sicherung einer freien, unbeeinflußter Stimmabgabe erforderlichen Maßnahmen zu treffen hat und über jegliche Vollmacht zur Erledigung sämtlicher Fragen verfügt, zu denen die Ausführung der Bestimmungen obenerwähnter Artikels Anlaß geben kann,

gemäß den am 9. Januar 1920 in Paris unterzeichneten Bestimmungen betreffend den Amtsantritt der Interalliierten Kommissionen (Allgemeine Grundsätze, Artikel A. § 2), nach welchen die Kommission zur Außerkraftsetzungen sämtlicher Gesetze und Verordnungen berechtigt ist, die der völligen Gleichberechtigung der polnischen und deutschen Rassen und Sprachen und der Durchführung einer unbeeinflußten Volksabstimmung widerstreiten würden,

gemäß ihren Verordnungen von 7. Juni und 23. Dezember 1920 die öffentlichen Kundgebung betreffend,

gemäß ihrer Verordnung vom 7. Juni 1920, die periodisch und nicht periodisch erscheinenden Zeitschriften und Zeitungen betreffend,

gemäß ihrer Verordnung vom 8. Januar 1921, die Polizeibefugnisse des Direktors des Departements des Innern, sowie der Kreiskontrolleure betreffend,

gemäß den Vorschriften für die Abstimmung in Oberschlesien vom 30. Dezember 1920, 23. Februar und 28. Februar 1921, gemäß der Verordnung vom 13. Januar 1920, betr. die erforderlichen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung und der öffentlichen Sicherheit, verfügt folgendes:

Art 1. Jede politische Propagandatätigkeit, wie: Veranstaltung von Versammlungen, Umzügen, öffentlichen Kundgebungen, Beflaggen, Ausstellen irgendwelcher Dekorationsgegenstände, Anschlagzettel, Tafel oder Bänder mit Aufschriften, Anbringung von Plakaten, Verteilung von Drucksachen, ist auf öffentlichen Wegen, an Stellen, die vom Publikum eingesehen werden können, an allen Orten, zu denen das Publikum Zutritt hat, in den öffentlichen Anstalten und deren Nebengelassen, sowie in den religiösen Zwecken dienenden Gebäuden untersagt.

Art. 2. Die öffentlichen Anstalten oder die dem öffentlichen Dienst dienenden Nebengelasse sowie die religiösen Zwecken dienenden Gebäude dürfen ohne Genehmigung des Kreiskontrolleurs nicht zu anderen Zwecken verwendet werden, als zu denen, für die sie regelrecht bestimmt sind.

Art. 3. Von 10 Uhr abends bis zum folgenden Tage 4 Uhr nachmittags sind geschlossen zu halten: Die Theater, Kinos, Konzertsäle, Zirkusse und andere Säle für Schaustellungen.

Art. 4. Der Verkauf, der Ausschank oder der Verbrauch von Spirituosen, Schnäpsen, Likören und Süßweinen ist in den für das Publikum geöffneten Etablissements verboten.

Das gleiche Verbot erstreckt sich auf den Verkauf oder die Abgabe dieser Getränke durch die Delikateure, Weinhändler oder Grossisten zum Zwecke der Verproviantierung der für das Publikum geöffneten Etablissements

Art. 5. Von 10 Uhr abends bis zum folgenden Tage 8 Uhr vormittags sind geschlossen zu halten: die Schankwirtschaften und ähnliche Etablissements, die Restaurants, die Schankstuben in Hotels und Gasthäusern, die Bahnhofswirtschaften.

Außerdem sind die Schankwirtschaften und ähnliche Etablissements vom 18. März 1921 10 Uhr abends bis zum 22. März 1921 8 Uhr vormittags geschlossen zu halten.

Art. 6. Der Kreiskontrolleur darf:

1. Für die Restaurants, die Schankstuben der Hotels oder Gastwirtschaften sowie für die Bahnhofswirtschaften Abweichungen von den Vorschriften des Artikels 5 gegenwärtiger Verordnung gestatten.

2. Wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung es erfordert, die in den Artikeln 3 und 5 gegenwärtiger Verordnung festgesetzten Stunden für die Offenhaltung verkürzen, oder die vorläufige Schließung der in den erwähnten Artikeln bezeichneten Etablissements anordnen.

3. Falls eine Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften der Artikel 3, 4 und 5 gegenwärtiger Verordnung festgestellt wird, anordnen, daß die Etablissements, in denen die Zuwiderhandlung begangen worden ist, auf die Dauer von höchstens zwanzig Tagen zu schließen sind, oder, daß der gesamte Getränkevorrat diese Etablissements zu beschlagnahmen ist, oder auch, daß beide Maßregeln gleichzeitig anzuwenden sind.

Art. 7. Wer den Vorschriften gegenwärtiger Verordnung zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis von 15 Tagen bis 3 Monaten oder mit Geldstrafe von 500 Mk. bis zu 5000 Mk. bestraft.

Was die Zuwiderhandlungen gegen die Artikel 3, 4, 5 und 6 gegenwärtiger Verordnung betrifft, so kann die zuständige Justizbehörde außerdem anordnen, daß das Etablissement, in dem die Zuwiderhandlung begangen worden ist, auf die Dauer von höchstens drei Monaten zu schließen ist, oder, daß der gesamte in diesem Etablissement befindliche Getränkevorrat zu konfiszieren ist, oder auch, daß beide Maßregeln gleichzeitig anzuwenden sind.

Art. 8. Die gegenwärtige Verordnung tritt in Kraft mit dem 9. März 1921 8 Uhr vormittags. Sie bleibt in Kraft bis auf weiteres.

Art. 9. Der Direktor des Departaments des Innern ist mit der Ausführung gegenwärtiger Verordnung beauftragt.

Gegeben in Oppeln, den 3. März 1921.

Der Präsident der Interalliierten Regierungs- und Plebiszitkommission für Oberschlesien. d e M a r i n i s.

Gegengezeichnet:

Der Präfekt, Direktor des Departaments des Innern.

A n j u b a u l t.

Verantwortlicher Redakteur: H. Kowalski, Ratibor.